Verschaukelt?

Andreas Schanz, Frickenhausen. Wer den dieser Tage im Rathaus ausgelegten Planfeststellungsbeschluss über die Aufhebung des Bahnübergangs an den Frickenhäuser Krautgärten studiert, der kann sich nur wundern. Denn der Bescheid besteht aus einem (mit Deckblatt und Inhaltsverzeichnis) fünfseitigen Antrag der WEG aus Frankfurt, plus Karte, vom 14. August 2000. Darin schreibt das Schienenunternehmen: Der Übergang könne aufgehoben werden, die Passanten könnten dann das „bestehende Wegenetz“ zu den anderen Bahnübergängen nutzen – sprich die ohne Gehwege angelegte Blumenstraße. Dieses Machwerk wurde vom Landesbeauftragten für Bahnaufsicht am 6. September 2000 unterzeichnet. Herr Frey vom Regierungspräsidium Stuttgart hat mit Datum vom 12. Februar 2002 (und damit sicherheitshalber nach der Bürgermeisterwahl in Frickenhausen) auf jeder Seite des Antrags seinen Stempel aufgebracht. Das war's denn auch. Von irgendeiner Abwägung der 221 Einwendungen von Anliegern oder eingehenden Prüfung der Angelegenheit findet sich keine Spur – weil sie offenbar gar nicht stattgefunden hat. Die Teilnehmer des Erörterungstermins vom 8. November 2001 in der Frickenhäuser Festhalle müssen sich daher verschaukelt fühlen. Gegen Ende dieser Veranstaltung erweckte der Vertreter des Regierungspräsidiums auch den Eindruck, zur Sicherung der Fußgänger werde wenigstens in der Blumenstraße ein einseitiger Gehweg angelegt. Von diesem „Engagement“ ließ sich sogar die anwesende Landtagsabgeordnete Carla Bregenzer beeindrucken. Doch das war wohl nur ein Ablenkungsmanöver des Bürokraten, um die Diskussion zu entschärfen. Man hätte es aber besser wissen müssen. Denn der Beamte hatte sich gleich zu Beginn der Anhörung verplappert: Es gehe „hier nur darum, die Bürger von den Entscheidungen der Verwaltung zu überzeugen“. Das ist ihm allerdings kräftig misslungen. Der Fall belegt, dass die Bevölkerung den Behörden aller Ebenen nur misstrauen kann.